

28.Juli.2026

„Wer Gemeinden ständig zur Kasse bittet, darf nicht auf den Bund zeigen.“

SPÖ-OÖ-Chef Landesrat Martin Winkler fordert eine dauerhafte Entlastung der oberösterreichischen Städte und Gemeinden durch eine Senkung der Landesumlagen (Krankenanstalten-Umlage, SHV-Umlage und Landesumlage).

Statt die Verantwortung auf den Bund abzuschieben, müsse die schwarz-blaue Landesregierung endlich ihren eigenen Beitrag leisten. Die Aussagen von Agrar- und Gemeindelandesrätin Michaela Langer-Weninger zur Finanznot der Gemeinden greifen für SPÖ-OÖ-Chef Landesrat Martin Winkler zu kurz. Es sei richtig, dass Gemeinden für zusätzliche Aufgaben auch ausreichend finanzielle Mittel benötigen.

Die Landesregierung könne sich dabei aber nicht ausschließlich auf den Bund ausreden. „Wer Aufgaben nach unten delegiert, muss auch das notwendige Geld mitgeben. Dieser Grundsatz gilt jedoch nicht nur für den Bund, sondern genauso für das Land Oberösterreich. Schwarz-Blau darf nicht ständig mit dem Finger nach Wien zeigen, während das Land selbst Jahr für Jahr Millionenbeträge aus den Gemeindekassen abzieht“, kritisiert Winkler.

Für Winkler ist deshalb klar: Nun müsse auch das Land Oberösterreich Verantwortung übernehmen. Daher: Landesumlagen auf den Durchschnitt der anderen Bundesländer absenken. Die SPÖ Oberösterreich fordert, die Summe der Landesumlagen auf den Österreich-Durchschnitt abzusenken. Eine solche Entlastung würde den Gemeinden dauerhaft mehr finanziellen Spielraum verschaffen, anstatt sie jedes Jahr aufs Neue zu Bittstellern zu machen.

„Einmalige Hilfspakete können kurzfristig Löcher stopfen. Die Gemeinden brauchen aber eine nachhaltige Lösung. Eine Senkung der Landesumlagen wirkt jedes Jahr, stärkt die kommunale Selbstverwaltung und lässt das Geld dort, wo es für Kindergärten, Schulen, Feuerwehren, Pflege, Straßen und das Vereinsleben dringend gebraucht wird“, betont Winkler. Gerade die Gemeinden seien wichtige Auftraggeber für regionale Betriebe. Fehle ihnen das Geld für Investitionen, leide darunter nicht nur die kommunale Infrastruktur, sondern auch die heimische Wirtschaft.

„Wenn Gemeinden Projekte verschieben, Aufträge streichen und Leistungen kürzen müssen, trifft das am Ende die Bevölkerung und die regionalen Arbeitsplätze.

Deshalb ist die Entlastung der Gemeinden auch ein konkretes Wirtschafts- und Beschäftigungsprogramm für Oberösterreich“, so Winkler.

Verantwortung nicht bis 2028 vertagen

Die von Langer-Weninger angesprochene Neuverhandlung des Finanzausgleichs im Jahr 2028 könne Teil einer längerfristigen Lösung sein. Die akuten Probleme der Gemeinden müssten jedoch bereits jetzt gelöst werden.

„Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister können ihre Rechnungen nicht mit der Aussicht auf Verhandlungen im Jahr 2028 bezahlen. Sie brauchen jetzt Planungssicherheit und echten finanziellen Spielraum. Das Land muss daher sofort handeln und darf die Verantwortung nicht noch zwei Jahre weiterschieben“, fordert Winkler abschließend.

Rückfragehinweis: Sophie Qualtinger, 06764189926, sophie.qualtinger@spoe.at